

Die Vorschrift bzgl. Erneuerbare würde die Armen in Arizona hart bestrafen

geschrieben von Chris Frey | 14. Oktober 2018

Unglücklicherweise hat Steyer seinen politischen und umweltlichen Aktivismus nicht nur auf den Südwesten [der USA] beschränkt. Er gab über 1 Million seines Privatvermögens zur Förderung von NextGen America aus, also für seinen politischen Arm zur Verschärfung der Vorschriften bzgl. der Erzeugung aus Erneuerbaren. Ähnliches tat er in Nevada und Michigan, wo er bereits einen Teilerfolg einstreichen konnte. In diesem Staat konspirierte er mit den beiden größten Versorgern, um die Verpflichtung zur Erzeugung aus Erneuerbaren bis zum Jahr 2030 auf 25% zu schrauben. Dabei hat Steyer den Staat hintergangen, hat er doch seine Agenda impliziert, ohne die Einwohner von Michigan oder deren gewählte Vertreter zu konsultieren.

„Der Prozess einer Wähler-Initiative ist nicht offen für eine Konversation“, sagt der Sprecher von Tucson Electric Power Joe Salkowski. „Es ist eine Vorschrift, in Kraft gesetzt ohne Rücksicht auf das, was individuelle Versorger machen und welche individuellen Gemeinden in der Lage sind, das zu bezahlen“.

Salkowski hat recht. Vorschriften bzgl. erneuerbarer Energie, auch bekannt unter der Bezeichnung Renewable Portfolio Standards RPS, zwingen den Strom- und Steuerzahlern den schwer subventionierten Wind- und Solarstrom auf. Mit den steigenden Energiepreisen und den behaupteten, praktisch aber nicht vorhandenen Vorteilen für die Umwelt sind derartige Vorschriften ein *lose-lose* für Steuerzahler und Verbraucher.

Wie stark werden RPS-Vorschriften subventioniert? Pro erzeugter Einheit Energie erhält die Windindustrie 35,33 Dollar pro Megawattstunde an Subventionen seitens der Regierung. Die Solarindustrie erhält sogar atemberaubende 231,21 Dollar pro MWh. Im Gegensatz dazu erhalten die Kohle- und Petroleum-Industrie gerade mal jeweils 0,57 Dollar bzw. 0,67 Dollar pro MWh.

Im Jahre 2014 fand die Brookings Institution, dass Windenergie doppelt so teuer ist wie die von ihr ersetzte konventionelle Energie. Inzwischen ist Solarenergie sogar dreimal so teuer. Folglich kommt der Autor zu dem Ergebnis, dass „Anreize für Erneuerbare zugunsten von Wind und Solar verzerrt sind ... sie sind ein sehr teurer und ineffizienter Weg, Kohlendioxid-Emissionen zu reduzieren“.

So ist es keine Überraschung, dass die Energiepreise in Staaten mit Vorschriften bzgl. Erneuerbarer doppelt so schnell steigen wie im

nationalen Mittel [der USA]. Einer Studie aus dem Jahr 2016 zufolge betragen die Gesamtkosten der Vorschriften bzgl. Erneuerbarer in nur 12 Staaten 5,76 Milliarden Dollar im Jahre 2016 und werden bis zum Jahr 2030 auf 8,8 Milliarden steigen. Tucson Electric Power schätzt, dass diese Vorschriften die Stromrechnungen der lokalen Verbraucher um über 500 Dollar pro Jahr steigen lassen werden.

Ganz offensichtlich sind höhere Energiepreise eine drückende Last für die Bürger von Arizona, und jedwede Politik, die Preise für Unabdingbares wie Strom steigen lässt, wird Familien mit niedrigem Einkommen unverhältnismäßig stark belasten. Mehr Geld für Strom bedeutet weniger Geld für Nahrungsmittel, Miete, Kleidung, medizinische Ausgaben usw. Und zum Sparen bleibt gar nichts übrig.

Falls man wohlhabend ist, wird einen die Zunahme der Stromkosten irritieren, aber kein ernstes Problem darstellen. Allerdings leben bereits über 1,2 Millionen Bürger Arizonas, das sind fast 18% der Gesamtbevölkerung dieses Staates, in etwas, das man „Energiearmut“ nennt. Das bedeutet, dass sie mindestens 10% ihres Jahreseinkommens für Energie aufbringen müssen. In Maricopa County beispielsweise mussten Haushalte mit Einkommen unter 50% des staatlichen Armutsniveaus 18% ihres Einkommens für Energie ausgeben.

Für diese Menschen zählt jeder Penny. Sie sollten nicht vor die Wahl gestellt werden zwischen Wohngeld einerseits und Strom für Licht und Heizung andererseits – nur wegen eines linken Lieblingsprojektes irgendeines Milliardärs.

Obwohl Kalifornien mit einer Vielfalt von billigen Energie-Ressourcen gesegnet ist, muss man in dem Staat mit Abstand die höchsten Preise für Strom im Westen der USA zahlen. Über sechs Millionen Bürger des Staates leben in Energiearmut. Der Strompreis in dem Staat ist um 47% höher als in Arizona und um 70% höher als in den Nachbarstaaten Nevada und Oregon.

Falls Steyer Erfolgt hat, wird die Energiezukunft von Arizona genauso düster aussehen wie sie in Kalifornien bereits ist.

[Originally Published at American Spectator]

Link:

<https://www.heartland.org/news-opinion/news/steyers-renewable-mandate-would-punish-arizonas-poor>

Übersetzt von Chris Frey EIKE